Barrein: Gemeinde lehnt Angebot ab

Boltenhagen nimmt den Vergleichsvorschlag des Oberlandesgerichts nicht an.

Von Kerstin Schröder

Boltenhagen – 720 000 Euro – das ist den Boltenhagener Gemeindevertretern als Schadenersatzzahlung für einen geplatzten Grundstücksverkauf zu viel. Sie lehnen das Vergleichsangebot des Oberlandesgerichts in Rostock ab und kämpfen stattdessen weiter vor Gericht. Um die anfallenden Anwalts- und Gerichtskosten zu decken, werden 500 000 Euro auf die hohe Kante gelegt, um mit den Zinsen das Verfahren weiterführen zu können.

„Der Anwalt der Gemeinde hat uns geraten, das Angebot nicht anzunehmen, denn die Summe wäre viel zu hoch angesetzt“, erklärt Gemeindevorsteher Christian Schmiedeberg (CDU). Und Gemeindevertreter Ulrich Sager (FDP) meint: „Die Chancen stehen gut, dass Boltenhagen besser wegkommt.“ Außerdem mache es den Eindruck, als seien die hoch verschuldeten Barreins „dringend auf unser Geld angewiesen“, so Sager.

Streitobjekt ist ein Grundstück an der Kastanienallee, auf dem Walter Barrein eine Sportanlage bauen wollte. Im Juni 1997 wurde dann allerdings mit seiner Tochter Beate ein notarieller Vertrag unterzeichnet vom damaligen Boltenhagener Bürgermeister Heinz-Dieter Schultz (SPD), jedoch ohne Zustimmung der Gemeindevertretung. Kurz darauf wurden die finanziellen Schwierigkeiten der Barreins bekannt und der Vertrag nicht eingehalten. Da die Barreins schon einige Aufträge ausgelöst hatten und mit der Vertragsunterzeichnung darauf vertrauen konnten, dass die Zusagen eingehalten werden, ist Boltenhagen schadensersatzpflichtig – mit welcher Summe, ist unklar.

Die drei Richter des Oberlandesgerichtes schätzten den Schaden grob auf 370 000 Euro plus Zinsen und schlugen Anfang Mai vor, dass Boltenhagen 720 000 Euro bezahlt – in erster Linie, um den mittlerweile neun Jahre andauernden Gerichtsstreit zu beenden. Der Barrein-Anwalt nahm noch vor Ort das Angebot an – obwohl seine Mandanten heftigst protestierten und beharrlich auf 1,1 Millionen Euro pochten. Boltenhagens Bürgermeister Olaf Claus (parteilos) sagte während der Verhandlung, man könne auf die in der Gemeinde schon einmal diskutierten 600 000 Euro noch „eine Summe X“ drauflegen. Später schlugen die Richter 720 000 Euro vor und wiesen die Barreins mehrfach darauf hin, dass nicht mehr Geld zu kriegen sei. Außerdem müssten sie bei einer Fortsetzung des Gerichtsstreits konkrete Abrechnungen vorlegen. Letzteres hatte den Barrein-Anwalt veranlasst, seine Mandanten zu überstimmen, wie er nach der Verhandlung gegenüber der OZ einräumte. Es war seine letzte Verhandlung in diesem Streit: „Den Idioten von Anwalt haben wir rausgeschmissen“, so Walter Barrein. Nach Boltenhagens Absage könne er endlich wieder lachen: „Die Gemeinde wird ihre Entscheidung bereuen.“

> „Die Gemeinde wird das bereuen.“
> **Walter Barrein**